



BODENSEEKREIS

Bilanz

**des Kreistags des Bodenseekreises
der Legislaturperiode 2009 bis 2014**

Stand: Februar 2014

Zahlen & Daten

Sitzungen Kreistag und Ausschüsse:

	2009	2010	2011	2012	2013
Kreistag	3	7	8	6	6
Verwaltung und Kultur (AVK)	2	6	6	6	6
Umwelt und Technik (AUT)	2	6	5	6	6
Soziales und Gesundheit (ASG)	2	4	5	4	5
Jugendhilfeausschuss (JHA)	1	4	4	4	5
Nahverkehr (ANV)	0	2	2	2	2
Gesamt	10	29	30	28	30
Tagesordnungspunkte gesamt	98	195	198	256	240

Haushalt:

Jahr	Volumen	Kreis- umlage	Kreisumlage absolut	Schulden	Rücklagen
2008 RE	247.060.436	31 %	60.015.827	54.137.846	4.387.482
2009 RE	264.323.898	31 %	69.998.714	51.602.383	4.446.105
2010 RE	262.592.826	31 %	77.485.807	51.818.761	5.212.369
2011 RE	262.462.406	35 %	62.735.747	49.103.658	16.781.480
2012 RE	279.795.460	35 %	72.283.240	44.329.224	29.331.274
2013 Plan	273.190.800	32 %	75.280.000	38.495.667	21.695.174
2014 Plan	290.393.100	30,5 %	70.490.000	33.361.210	15.895.174

Zwischen 2008 und 2013 hat der Bodenseekreis rund 16 Mio. Euro Schulden abgebaut. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 213 Euro pro Einwohner (Stand: 31.12.2012) liegt er leicht über dem Durchschnitt der Landkreise Baden-Württembergs (206 Euro). In den Haushaltsjahren 2009 bis 2014 konnte auf Kreditaufnahmen verzichtet werden. Der Rücklagenstand ist in den Jahren 2009 bis 2014 von 4,4 Mio. Euro auf 15,9 Mio. Euro, also um 11,5 Mio. Euro gestiegen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bodenseekreises:

	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamt	1041	1057	1043	1065	1082
<i>Davon</i>					
Beamte	215	211	206	204	203
Beschäftigte	774	793	784	796	826
Anwärter/Azubis	52	53	53	65	53
Teilzeitbeschäftigt	402	424	406	414	412
Beurlaubt	61	58	62	84	91

Personalentscheidungen:

Dezernenten (gewählt)

21.11.2012: **Uwe Hermanns** zum Finanzdezernenten

Amtsleiter (gewählt)

01.09.2009: **Dr. Stefan Feucht** zum Leiter des Kreiskulturamtes
19.11.2009: **Stefan Stoeßel** zum Leiter des Abfallwirtschaftsamtes
15.05.2010: **Harald Betting** zum Leiter des Bau- und Liegenschaftsamtes
17.06.2010: **Thomas Hilbert** zum Leiter des Amtes für Schule und Bildung
16.12.2010: **Uwe Hermanns** zum Leiter der Kämmerei
26.04.2012: **Alexander Beer** zum Leiter des Kreismedienzentrums
27.02.2013: **Dominik Männle** zum Leiter der Kämmerei
17.12.2013: **Simone Schilling** zur Leiterin des Jugendamtes

Amtsleiter (Landesbeamte)

03.05.2010: **Dr. Michael Bussek** zum Leiter des Ordnungsamtes
01.06.2011: **Gerhard Bandle** zum Leiter des Vermessungsamtes
01.10.2011: **Peter Neisecke** zum Leiter des Umweltschutzamtes
17.10.2011: **Dr. Hermann Gabele** zum Leiter des Landwirtschaftsamtes

Allgemeine Verwaltung

Personalbericht Landratsamt

Im Dezember 2011 wurde dem Kreistag der erste Personalbericht des Landratsamtes Bodenseekreis vorgelegt. Dieser hatte es zum Ziel, sowohl die Personalkostensituation als auch den Bereich Personalentwicklung darzustellen sowie einen Ausblick auf künftige Entwicklungen zu geben. Im Bericht wird die Entwicklung des Stellenplans sowie der Personalkosten in den vergangenen 20 Jahren beschrieben. Außerdem werden die Ursachen des Stellenwachstums beleuchtet und die Gegenfinanzierung von Personalkosten dargelegt. Weitere Inhalte sind wichtige Mitarbeiterkennzahlen, demographische Entwicklung, Personalentwicklung sowie die aktuellen Schwerpunkte der Personalarbeit. Der Personalbericht schließt mit weiterführenden Überlegungen zur Entwicklung und Optimierung im Personalbereich, wie beispielsweise Organisationsuntersuchungen und Outsourcing sowie einer Zusammenfassung aller Ergebnisse mit Empfehlungen für mögliche weitere Maßnahmen. Zu Beginn der nächsten Legislaturperiode ist ein neuer Personalbericht vorgesehen.

Organisationsuntersuchung Hauptamt

Am 31. Oktober 2012 wurde der Auftrag zur Organisationsuntersuchung im Hauptamt an die Firma PricewaterhouseCoopers (PwC) erteilt. Aus der Mitte des Kreistags wurde eine Arbeitsgruppe zur Begleitung der Organisationsuntersuchung, bestehend aus jeweils einer/einem Vertreterin/Vertreter pro Fraktion, gebildet. Der Kreistag hat daraufhin einen Stellenzuwachs von 44,20 Stellen auf 47,24 Stellen beschlossen. Intern hat die durchgeführte Organisationsuntersuchung zu verschiedenen Umorganisationen und Umstrukturierungen geführt.

Strukturelle Veränderungen im Landratsamt

Ab Januar 2010 wurde die Anzahl der Dezernate von fünf auf vier reduziert und die Ämterzuordnung zu den Dezernaten neu organisiert. Im Frühjahr 2011 sind das Baurechtsamt und das Amt für Kreisentwicklung zum neuen Amt für Kreisentwicklung und Baurecht zusammengelegt worden.

Beteiligungen des Landkreises

Nach der Übernahme der EnBW-Anteile vom französischen Energiekonzern EDF durch das Land Ende 2010 haben die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke (OEW) für rund 80 Mio. Euro freigewordene Aktien hinzugekauft. Im Januar 2012 beschloss die OEW-Verbandsversammlung, sich mit 400 Mio. Euro an einer Kapitalerhöhung bei der EnBW zu beteiligen. Dies wurde durch Rücklagenentnahme und Kreditaufnahmen durch den Verband finanziert. Um das Unternehmen bei dessen Neuausrichtung zusätzlich finanziell zu unterstützen, wurde im selben Jahr auch eine Verringerung der Dividendenausschüttung beschlossen. Folglich erhielt der Bodenseekreis 2012 und 2013 6,3 Mio. Euro, im Haushaltsjahr 2014 sind 3,95 Mio. Euro Dividendeneinnahmen geplant (gegenüber 9,5 Mio. in den Jahren 2010 und 2011 bzw. 7,9 Mio. Euro 2006 bis 2009). Nicht zuletzt auf Wunsch des Kreistags des Bodenseekreises hat diese Entwicklungsdynamik beim Thema OEW auch

zu einer neuen Informations- und Konsultationskultur innerhalb des Verbandes geführt. 2011, 2012 und 2013 fanden große Informationsveranstaltungen für die Kreistagsmitglieder der beteiligten Landkreise statt, bei denen neben der OEW-Verbandsspitze auch die EnBW-Führung eingehend über ihre Geschäftstätigkeit und Zukunftskonzeptionen berichteten. Dies soll jährlich fortgeführt werden.

Am 17.07.2012 hat der Kreistag beschlossen, dass der Bodenseekreis einer Erhöhung des Stammkapitals der Flughafen Friedrichshafen GmbH um 10 Mio. Euro auf 31,2 Mio. Euro zustimmt. Der Anteil des Bodenseekreises hieran beträgt 3,45 Mio. Euro, die zunächst darlehensweise gewährt wurden. Ende 2009 hat der Kreistag beschlossen, dass der Landkreis sich an der Messe Friedrichshafen GmbH beteiligen soll. Der Anteil von 4,76 Prozent am Stammkapital entspricht einer Beteiligungseinlage von 150.000 Euro.

Einheitliche Behördenrufnummer 115

Der im Dezember 2009 noch als „T-City-Projekt“ gestartete Pilotbetrieb der einheitlichen Behördenrufnummer 115 im Bodenseekreis wurde nach zweijähriger Testphase vom Kreistag am 14. Dezember 2011 in den Dauerbetrieb überführt. Inzwischen gehen bereits mehr als 10 % aller Anrufe auf diesem Weg ein. War der Bodenseekreis bei der Einführung im Jahr 2009 noch einziger Teilnehmer aus Baden-Württemberg, so sind inzwischen mit den Städten Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe, den Landkreisen Karlsruhe und Rastatt, sowie den kompletten Kommunen der Metropolregion Rhein-Neckar um Mannheim und Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis zahlreiche weitere Beteiligte hinzugekommen. Herzstück der 115 im Bodenseekreis ist ein gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen betriebenes Servicecenter im Landratsamt, bei dem jährlich über 120.000 Anrufe bearbeitet werden. Seit Anfang Januar 2014 hat nun auch die Stadt Überlingen ihre Telefonzentrale an das Bürger-Servicecenter übergeben, um ihren Bürgern das erweiterte Dienstleistungsangebot und die verbesserte Erreichbarkeit bereitzustellen. Auch die Gemeinde Meckenbeuren nutzt zeitweilig die Möglichkeit, auf das Landratsamt umzustellen und andere Gemeinden haben Interesse signalisiert. Laut Kreistagsbeschluss ist eine Teilnahme möglich, soweit eine entsprechende Kostenbeteiligung erfolgt.

Anliegen- und Beschwerdemanagement „Sag’s doch“

Im Zusammenhang mit der Behördenrufnummer 115 wurde als weiteres „T-City-Projekt“ das Anliegen- und Beschwerdemanagementsystem „Sag’s doch“ ebenfalls gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen entwickelt. Start war im Herbst 2012. „Sag’s doch“ ermöglicht den Bürgern, möglichst niederschwellig Anliegen, Ideen und Beschwerden online „ans Amt“ zu senden, ohne vorher den zuständigen Ansprechpartner zu kennen. Darüber hinaus wird von den beteiligten Ämtern eine Bearbeitung, zumindest aber eine qualifizierte Zwischennachricht binnen zehn Arbeitstagen zugesichert. Aktuell sind im System über 1.400 Bürgeranfragen registriert und bearbeitet worden - schwerpunktmäßig städtische Themen - und das öffentliche Echo ist sehr positiv. Zuletzt erhielt das Angebot einen der Hauptpreise beim Wettbewerb „Leuchttürme der Bürgerbeteiligung“ des Staatsanzeigers Baden-Württemberg. Das Preisgeld in Höhe von 4.000 Euro wird in die Weiterentwicklung / Ablösung des Programms investiert, das nach Auslaufen des T-City-Projekts von der Telekom nicht fortgeführt wird.



Bürgeramt und erweiterter Bürgerservice

Nachdem der Kreistag am 10. Oktober 2012 die Vorplanungen zu einem Bürgeramt beschlossen hat, hat der Ausschuss für Umwelt und Technik in seiner Sitzung am 5. November 2013 die Einrichtung eines „erweiterten Bürgerservices“ als Vorstufe zum Bürgeramt beschlossen. Grundgedanke war hierbei, dass bis zur Entscheidung über die Zukunft des Gebäudes Glärnischstraße 1 – 3 die im Kundenservice erarbeiteten organisatorischen, technischen und personellen Verbesserungen im Erdgeschoss des Gebäudes Glärnischstraße 1 – 3 bereits vorab umgesetzt werden können. Hierzu gehören neben kleineren baulichen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Errichtung einer Kundentheke oder die Aufwertung des Warte- und Beratungsbereichs, auch die räumliche Zusammenführung von Organisationseinheiten (zum Beispiel Integration des Telefonservices), die Erweiterung von Öffnungszeiten, der Beginn einer Rollierung von Facheinheiten und die spezifische Schulung von Personal etc. Weiterhin soll in Anschaffungen investiert werden, die ohnehin anstehen, wie beispielsweise in einen Kassenautomaten. Mit den genannten Maßnahmen soll eine zentrale und verbesserte Anlaufstelle für die Bürger geschaffen werden, die es ermöglicht, langsam in die Aufgaben eines künftigen Bürgeramtes hineinzuwachsen. Anvisierter Start des erweiterten Bürgerservices ist Mitte des Jahres 2014.

Einführung neues Finanzwesen

Am 5. Oktober 2011 erfolgte der Kreistagsbeschluss zum Einsatz der Finanzwesen-Software Infoma in der Hosting-Variante durch das Rechenzentrum. Das System ist seit Mai 2012 für die Kämmerei verfügbar. Seit dem 1. Januar 2013 ist Infoma im Echtbetrieb. Für die Einführung der kommunalen Doppik ist eine Übergangsfrist vorgesehen, sodass die Kommunen ihr Haushalts- und Rechnungswesen spätestens ab dem Jahr 2020 nach dem neuen Haushaltsrecht führen müssen. Der Kreistag des Bodenseekreises hat in seiner Sitzung im Februar 2012 die Umstellung auf die Doppik zum 1. Januar 2016 beschlossen.

Kreisjubiläum

Der Bodenseekreis feierte 2013 sein 40-jähriges Bestehen mit einer Reihe von Veranstaltungen und Aktionen. Höhepunkt war ein großes Jubiläumsfest in Markdorf mit Bühnenprogramm, Großem Zapfenstreich und Lasershow, an dem schätzungsweise 5.000 Bewohner und Gäste des Landkreises teilnahmen. Bereits im Frühjahr wurde vor dem Landratsamt-Hauptgebäude in der Friedrichshafener Albrechtstraße 77 das Kunstwerk „Ortsmarke Bodenseekreis“ eingeweiht. Seit dem Sommer werden an rund 20 Standorten entlang der Kreisgrenze die passierenden Fahrzeuge mit eigens entwickelten „Kreiseingangsschildern“ begrüßt. Zudem haben sieben namhafte Künstler aus dem Landkreis eine Jubiläumsmappe erarbeitet, die in limitierter Auflage erschienen ist.



Kreisentwicklung & Tourismus

Planung & Entwicklungsberatung

Das Amt für Kreisentwicklung und Baurecht fungiert seit einigen Jahren als zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle für wichtige Planungen und Projekte mit struktureller Bedeutung für die Entwicklung des Bodenseekreises. So konnten seit 2009 zahlreiche kommunale Bauleitpläne fachrechtlich und inhaltlich begleitet - und zum Beispiel die Gesamtfortschreibungen der Flächennutzungspläne in den Gemeindeverwaltungsverbänden Daisendorf-Hagnau-Meersburg-Stetten-Uhldingen-Mühlhofen und Bermatingen-Deggenhausertal-Markdorf-Oberteuringen trotz zunehmend schwieriger werdender Rahmenbedingungen genehmigt werden. Aber auch herausragende Einzelprojekte mit hoher Komplexität und fachlicher Brisanz wie zum Beispiel die Ansiedlung des MTU-Materialwirtschaftszentrums in Immenstaad/Kluftern oder die Umnutzung des seitherigen Bodanwerftareals in Kressbronn stellten hohe Anforderungen an alle Beteiligten.

Interreg-Projekt „Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee“

Der Bodenseekreis ist gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH Projektpartner im laufenden Interreg-Projekt „Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee“:

Am 9. Dezember 2009 hatten sich 14 Projektpartner aus allen vier Anrainerstaaten (Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein) um den gesamten Bodensee herum darauf geeinigt, das Projekt ab dem 1. Januar 2010 gemeinsam zu starten. Hierbei sollen die Ergebnisse der vorangegangenen Arthesia-Machbarkeitsstudie „Themenwelt Bodensee“ umgesetzt werden, wobei die Bodensee Standort Marketing GmbH (BSM) Projektleader und Dienstleister zugleich ist. Das Projekt möchte alle vorhandenen Kräfte in der Region bündeln. Neben dem Fachbereich Wirtschaft sollen sukzessive die vorhandenen Potenziale aus Tourismus, Wissenschaft, Kultur, Politik etc. in die große Gesamtaufgabe der Region integriert und aktiv in den Prozess einbezogen werden. Erste Maßnahmen der gemeinsamen Marketing- und Kommunikationsoffensive waren die Entwicklung der gemeinsamen Regionenmarke „Vierländerregion Bodensee“ und erst kürzlich die Erstellung eines Internetportals (Marktplatz Bodensee). Ziel ist es, der Region ein unverwechselbares, markantes Gesicht nach innen und außen zu geben.



Deutsche Bodensee Tourismus GmbH (DBT)

Das Interreg-Projekt „Positionierung der Tourismusregion Internationaler Bodensee zur Optimierung des Destinationsmanagements“ (Start am 4. November 2009) hatte unter anderem gezeigt, dass auf der deutschen Seeseite die operative mittlere Ebene im Tourismusmanagement fehlt. So gab es bisher nur die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) als Dachorganisation sowie auf lokaler Ebene die einzelnen Tourist-Informationen. Ein Bindeglied zwischen der IBT und den Tourist-Informationen bestand - anders als in der Schweiz und in Österreich, wo kantonale oder Landes-Tourismusorganisationen existieren - bisher nicht. Um die deutsche Bodenseeseite touristisch mit anderen Regionen im Rahmen des Destinationsmanagements gleichzustellen

und um die Interessen innerhalb des Gebietes zu bündeln sowie die Kommunikation besser zu koordinieren, hat der Kreistag am 17. Juli 2012 beschlossen, zusammen mit anderen Partnern die Deutsche Bodensee Tourismus GmbH zu gründen, was am 7. März 2013 offiziell geschehen ist. Zu den Hauptaufgaben der DBT gehören neben der strategischen und operativen Entwicklung der regionalen Tourismusdestination die Vermarktung und der Vertrieb der Teilregion sowie die Planung, Umsetzung und Betreuung von touristischen Projekten. Seit 1. April 2013 hat Christoph Kunz die Geschäftsführung der neuen Organisation übernommen.

Europaangelegenheiten

Die Impulse, die vom europäischen Einigungsprozess bis in die kommunale Ebene hinein wirken, sind überaus zahlreich. Aus diesem Grund hat der Bodenseekreis 2011 beim Amt für Kreisentwicklung und Baurecht eine Koordinationsstelle für „EU-Fragen“ geschaffen, um auf die vielfältigen Herausforderungen und Chancen zu reagieren, die europäische Entwicklung aufmerksam zu beobachten und deren Chancen und mögliche Konsequenzen auf den Landkreis transparent zu machen. Im Vergleich zu anderen Landkreisen ist hier der Bodenseekreis mit einer halben Personalstelle jedoch eher schmal besetzt. Denn Erfahrungen aus anderen Landkreisen zeigen, dass eine solche Stelle über eingeholte Fördergelder sich sozusagen selber finanziert. Ein Ausbau dieses Bereiches erscheint daher erwägenswert.

Öffentlicher Personennahverkehr

Verkehrsverbund Bodensee-Oberschwaben (bodo)

Der am 1. Januar 2004 gestartete Verkehrsverbund Bodensee-Oberschwaben entwickelte sich auch in den letzten Jahren erfolgreich weiter. Seit 2009 hat sich die Anzahl der beförderten Personen um 1,8 Mio. erhöht. 2012 zählte man insgesamt 34,8 Mio. Fahrgäste im Verbund. Maßgeblich dazu beigetragen haben die Tarifkooperationen mit den Nachbarverbänden. Seit Januar 2013 profitiert der westliche Teil des Bodenseekreises von der Kooperation mit dem Verkehrsverbund VHB im Landkreis Konstanz. Die Etablierung des Verkehrsverbunds bodo gelang durch eine Vielzahl von Maßnahmen: Ergänzung der Informationen des Fahrplanangebots seit 2010 durch Mini-Fahrpläne oder den Radexpress Oberschwaben. Derzeit gibt es Gespräche mit dem Landkreis Lindau über eine engere Kooperation. 2012 stieg der Verbund in das digitale Zeitalter ein. Mit der kostenlosen bodo-FahrplanApp haben Besitzer von Smartphones jederzeit Zugang zu aktuellen Fahrplaninformationen. Damit aber der persönliche Kontakt zum Fahrgast nicht verloren geht, wurden in 2013 die Mobilitätszentralen in den Bahnhöfen Friedrichshafen und Ravensburg eröffnet. Hier werden die Kunden umfassend über die bestehenden Fahr- und Tarifoptionen sowie zusätzliche Dienstleistungen wie beispielsweise Car-Sharing informiert.



Interessenverband Bodenseegürtelbahn

Analog der Vorgehensweise zur Elektrifizierung der Südbahn wurde am 24. Oktober 2011 gemeinsam mit dem Landkreis Konstanz der Interessenverband Bodenseegürtelbahn gegründet. Ziel des Verbandes ist es, eine Elektrifizierung des Streckenabschnitts zwischen Friedrichshafen und Radolfzell nach Möglichkeit in direktem zeitlichem Zusammenhang mit der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke zu erreichen. 2012 wurde von der Verwaltung ein Gutachten in Auftrag gegeben. Darin sollte festgestellt werden, wie das Angebot im Rahmen der bestehenden Gleisinfrastruktur entlang der Bodenseegürtelbahn verbessert werden kann und welche Umbauten für ein optimales Zugangebot der Gürtelbahn-Stationen erforderlich sind. Um diesem „visionären Konzept“ einen Schritt näherzukommen, ist als nächstes eine Nutzen-Kosten-Analyse für eine Elektrifizierung erforderlich. Das neue Gutachten des Landkreises soll hier einen positiven Impuls geben. Der Kreistag hat in der Sitzung am 16. Juli 2013 die Verwaltung beauftragt, mit den entsprechenden Akteuren auf Landesebene über diese Verbesserungsmöglichkeiten und nächsten Schritte in Verhandlung zu treten.

Nahverkehrsplan

Am 30. Mai 2011 wurde der Nahverkehrsplan Bodenseekreis nach einer öffentlichen Anhörung einstimmig vom Kreistag beschlossen. Beim Nahverkehrsplan handelt es sich um einen Rahmenplan, der die Entwicklung des ÖPNV in den nächsten fünf bis acht Jahren vorgibt. Wesentliche Inhalte sind die Zielsetzungen im Verkehrsangebot, wie beispielsweise Vertaktung, Verknüpfung, angestrebtes Bedienungsangebot und Mindestbedienungsumfang. Die Überprüfung des bisherigen Verkehrsangebots und der sonstigen Gegebenheiten der Verkehrsunternehmen (wie Fahrzeug- und Haltestellenausstattung, Kundenorientierung, unternehmensübergreifende Zusammenarbeit) wird aber nicht nur bei einzelnen

Weitergenehmigungen von Konzessionen, sondern als ständige Aufgabe gesehen. Insbesondere das Verkehrsangebot wird von dem dafür beim Verkehrsverbund bodo installierten Arbeitskreis „Verkehrsplanung“ flankierend unterstützt und den zuständigen Verkehrsraummanagern koordiniert.

Satzungsänderung Schülerbeförderung

Der Kreistag hat in seinen Sitzungen am 22. Juli 2010 und 30. Mai 2011 beschlossen, die Eigenanteilspflicht bei den Schülermonatskarten strukturell zu ändern. In einem schrittweisen Prozess über vier Jahre hinweg wurden die Eigenanteile harmonisiert und von Schularten auf Klassenstufen umgestellt. Mit Beginn des Schuljahres 2013/14 gibt es nur noch zwei unterschiedliche Beträge bei den Eigenanteilen im Bodenseekreis. Seitdem entrichten Schüler der Klassenstufen 1 bis 4 ein Viertel der bodo-Schülermonatskarte und alle anderen Schüler den Betrag der bodo-Schülermonatskarte für eine Zone. Neben einer gerechteren finanziellen Behandlung der Eltern beinhaltet dieses neue System auch eine Vereinfachung in der Verwaltung.

E-Mobilitätsprojekt „emma“

Das Schaufensterprojekt „E-Mobilität mit Anschluss“ im Bodenseekreis wird seit Ende 2012 vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen, Städtebau und Raumordnung sowie Wohnungswesen mit rund vier Mio. Euro gefördert. Vorrangiges Ziel dabei ist es, die Integration von elektrisch betriebenen Pkws in den ÖPNV im ländlichen Raum zu testen und wissenschaftlich zu begleiten. Es sollen während der Projektlaufzeit zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots bis Mitte 2015 bis zu 40 Ladesäulen im Bodenseekreis aufgebaut und 30 E-Autos beschafft werden.



Straßenbau

Abgeschlossene Maßnahmen

Zwischen 2008 und 2014 hat der Bodenseekreis rund 23 Mio. Euro in die Straßeninfrastruktur investiert. Etwa 17 Mio. Euro davon entfielen auf den Neubau von Kreisstraßen und Radwegen.

Neubau

- K 7726 neu Messezufahrt Nord, Fertigstellung im Dezember 2009
- K 7759 Beseitigung des Bahnüberganges in Salem-Neufrach, Mai 2012

Um- und Ausbau

- K 7729 Fahrbahnverbreiterung von Batzenweiler bis Kreisgrenze Ravensburg, Dezember 2008
- K 7742/L 207 (Turbo-)Kreisverkehrsplatz in Markdorf (Gemeinschaftsmaßnahme unter Federführung der Stadt Markdorf), Oktober 2010

Bauwerkssanierungen und Ersatzneubau

- K 7723 Ramsbachdurchlass in Reute, Juli 2010
- K 7735 Sanierung der Brücke über die Rotach in Oberteuringen, November 2011
- K 7749 Sanierung der Brücke über die Seefelder Aach in Ahausen, November 2012
- K 7759 Brücke über die Deggenhauser Aach bei Neufrach, August 2008
- K 7759 Brücke über die Seefelder Aach bei Grasbeuren, August 2009

Radwege und Asphaltbeläge

- K 7783 Radweg zwischen Meersburg und Daisendorf, Oktober 2013
- K 7783 Fahrbahnsanierung zwischen Daisendorf und Gebhardsweiler, November 2013
- 37 km weitere Asphaltbeläge



Planungen & Vorhaben

Planfeststellungsverfahren

- K 7725 Südumfahrung Kehlen (Rechtskraft seit Oktober 2012)
- K 7743 Südumfahrung Markdorf (Beschluss im November 2013 erlassen, Rechtsmittelfrist bis März 2014)

Beschlossene Vorhaben

- Brückensanierungskonzept 2012 bis 2022 (jährliches Investitionsprogramm festgelegt)
- Fahrbahnbelagsprogramm 2014 bis 2018 (Auf Grundlage einer systematischen, messtechnischen Straßenzustandserfassung wurde ein jährliches Investitionsprogramm festgelegt)
- Kreisstraßenausbauprogramm 2013
- Im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission hat der Kreistag 2013 die Neufassung der Richtlinien über die Anlage von kombinierten Geh- und Radwegen an Kreisstraßen beschlossen
- Im gleichen Rahmen wurden 2011 die Kreisverkehrsplatzrichtlinien des Bodenseekreises abgeschafft

Organisationsuntersuchung der Straßenmeistereien

2012 wurde durch das Beratungsbüro Lehmann und Partner (Karlsruhe) der Straßenunterhaltungs- und Betriebsdienst des Bodenseekreises analysiert. Im Fokus der Organisationsuntersuchung standen insbesondere die Standortkonzeption, die Organisationsstruktur, der Winterdienst, das Thema Personalentwicklung und die Technikausstattung. Am 15. Mai 2012 hat der Kreistag die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse beraten. Im Ergebnis wurde ein Stellenplan mit 55 Mitarbeitern (gegenüber 71 Stellen nach der Verwaltungsreform) im operativen Betriebsdienst, die Aufteilung des Einsatzgebietes auf drei statt vorher zwei zuständige Straßenmeistereien sowie ein Investitionsplan für das Fahrzeug- und Gerätewesen beschlossen.



Liegenschaften des Kreises

Verwaltungsgebäude des Landratsamts

Im Verwaltungsgebäude Albrechtstraße 75 wurden aufgrund von Änderungsbedarfen im technischen und brandschutztechnischen Bereich umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Hierbei wurden Elektroverteilerschränke saniert, die Beleuchtung und EDV-Leitungen erneuert sowie die Steuerung der Induktionsgeräte verbessert. Mit der Gesamtmaßnahme wurde im Juli 2010 begonnen, Fertigstellung war im Oktober 2011 (ca. 3,4 Mio. Euro). Für zusätzliche Mitarbeiter des Jugendamts wurden 2012 der ehemalige Aufenthaltsraum im obersten Stockwerk zum Büro und Teile des Lagerraums im 2. OG zu Besprechungsräumen umgebaut.

Das „alte Landratsamt“ in der Glärnischstraße 1 – 3 bedarf nach einer fast 40-jährigen Nutzung einer Generalsanierung. Neben den notwendigen Arbeiten an der Außenhülle des Gebäudes wie beispielsweise Dachabdichtung, Wärmedämmung, Fenster- und Fassadensanierung ist auch eine durchgreifende Innensanierung nötig. Hierbei sollen auch die notwendigen Maßnahmen für ein Bürgeramt mit



Zulassungsstelle sowie die Ergebnisse der Flächenkonzeption mitberücksichtigt werden. Hierfür wurden im Zeitraum von 2012 bis 2013 neben der Bestandsaufnahme und der Gebäudeuntersuchung Grundlagenermittlungen und Vorplanungen für eine mögliche Sanierung erarbeitet. Weiterhin wurde eine Flächenkonzeption erarbeitet, wie die vorhandenen Flächen aller Verwaltungsgebäude besser genutzt werden können.

Schulgebäude

In die Schulgebäude wurden in den vergangenen fünf Jahren rund 20,8 Mio. Euro investiert. 18,5 Mio. davon hat der Bodenseekreis getragen. Im Mittelpunkt standen dabei energetische Maßnahmen, Brandschutz und Sicherheit, Erneuerung von Fach- und Unterrichtsräumen sowie Beleuchtung und Elektroinstallationen. Besonders zu erwähnende Einzelmaßnahmen sind:

Amok-Sicherung

- An allen Schulen: Maßnahmen zur Optimierung interner und externer Alarmierungsmöglichkeiten sowie Einrichtungen zur Verriegelung potenziell betroffener Räume. Gesamtkosten rund 340.000 Euro.

Berufliches Schulzentrum Friedrichshafen:

- Fertigstellung des Erweiterungsbaus im September 2009. Baubeginn war im Februar 2008. Gesamtvolumen 11,3 Mio. Euro. Hieraus resultierend wurde die Außenstelle in der Paulinenstraße 35 im Juni 2012 aufgegeben.
- Sanierung der Cafeteria nach einem Brand im Oktober 2012. Fertigstellung im Mai 2013.

- Vollsanierung der Chemieräume nach einem Brand im Dezember 2012. Fertigstellung im Oktober 2013.



Asylbewerberunterkünfte

Um der steigenden Anzahl von Asylbewerbern gerecht zu werden, wurden ab 2012 mehrere Gemeinschaftsunterkünfte neu geschaffen:

- Ailinger Straße 10, Friedrichshafen. Das Gebäude wurde von der Stadt angemietet und baulich angepasst.
- Paulinenstraße 35, Friedrichshafen. Private Anmietung und Umbau der ehemaligen Außenstelle des beruflichen Schulzentrums.
- Goldbach 73, Überlingen. Neubau einer Wohnanlage in Modulbauweise auf dem von der Stadt gepachteten Grundstück. Kosten rund 433.000 Euro.
- Rudolf-Diesel-Straße 13, Markdorf. Neubau einer Wohnanlage in Modulbauweise auf dem von der Stadt gepachteten Grundstück. Kosten rund 565.000 Euro.

Baurecht & Vermessung

Einführung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems

Das Vermessungsamt des Bodenseekreises hat im Jahr 2013 in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) die Daten des Liegenschaftskatasters auf das neue bundeseinheitliche Datenmodell ALKIS[®] umgestellt. ALKIS[®] ist das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem. Dieses neue Datenmodell wird derzeit bundesweit eingeführt. Für das Gebiet des Bodenseekreises wurden die Daten von rund 121.000 Flurstücken, 617.000 Grenzpunkten, 112.000 Gebäuden und die Eigentümerangaben aller Flurstücke nach ALKIS[®] überführt.

Organisationsuntersuchung beim Vermessungsamt

Das Vermessungsamt wurde im Jahr 2011 einer Organisationsuntersuchung durch die Firma projektberatung eGovernment unterzogen. Die Herausforderung des demographischen Wandels, der Neufassung des Vermessungsgesetzes und die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit wurden dabei eingehend untersucht. Mit dem Ziel, zukunfts- und wettbewerbsfähig zu bleiben und die Kompetenz des Fachamtes sowie der Mitarbeiter zu erhalten beziehungsweise weiterzuentwickeln und zukunftsorientierte Themenstellungen ausbauen zu können, wurde eine neue Organisationsstruktur erarbeitet. Das Ergebnis war eine Restrukturierung und Neuausrichtung des Vermessungsamtes. Damit soll das Vermessungsamt trotz eines gesteuerten Abbaus des Personalkörpers auf fast die Hälfte seit der Verwaltungsreform zukunftsfähig erhalten werden.

Einstieg in GIS-Dienstleistungen

Die Verwaltung verfügt über viele verschiedene Daten aus den Bereichen der amtlichen Vermessung, Topographie, Gewässer, Luft, Verkehr, Infrastruktur, Umwelt und Raumplanung. Hinzu kommen unzählige Datenbestände auf kommunaler Ebene und eine umfassende Datensammlung der Versorgungsunternehmen. Einer Empfehlung aus der Organisationsuntersuchung folgend hat der Kreistag am 15. Mai 2012 beschlossen, das Vermessungsamt als behördenübergreifenden GIS-Dienstleister beim Landratsamt zu etablieren. Dabei sollen sowohl die Anwendungen im Landratsamt selbst erweitert als auch externe Anwender gewonnen werden. Mit Eriskirch und Stetten sind zwei Gemeinden des Bodenseekreises gleich beim Start des Projekts beteiligt. Als Einstieg ist Ende 2013 die Beschaffung und Einführung einer neuen GIS-Software realisiert worden. Ziel ist ein sukzessiver Ausbau dieses Dienstleistungsangebots für interessierte Kreisgemeinden - auch im Interesse der von der EU neu definierten kommunalen Pflichtaufgaben beim Aufbau der europäischen Geodateninfrastruktur INSPIRE.

Umwelt & Naturschutz

Storch und Stier im wiedervernässten Urstromtal Elsegg

Mit einem Amphibienteich auf einer landkreiseigenen Fläche begann alles. Inzwischen hat sich hieraus westlich von Buggensegel im Salemer Tal mit ca. 16 ha kreiseigener Fläche das zweitgrößte Naturschutzprojekt des Bodenseekreises entwickelt. Mit Unterstützung der Heinz-Sielmann-Stiftung sowie der Stiftung Naturschutzfonds und einer Förderquote von 90 % wurde im Jahr 2012 ein weiterer Baustein verwirklicht. Durch die Anlage von Flachmulden, die Aufweitung von Gräben, die Rückhaltung von Wasser sowie eine extensive Beweidung entwickelt sich der Gesamtkomplex zu einem interessanten Lebensraum. Seit dem Jahr 2008 haben sich ca. 30 neue Pflanzenarten und sieben neue Libellenarten angesiedelt. 2011/2012 waren im Gebiet 17 Heuschreckenarten mit einer außergewöhnlichen Dichte vorhanden. Hierdurch hat sich auch das Nahrungsangebot für Vögel wie die Dorngrasmücke, der Neuntöter oder das Schwarzkehlchen deutlich verbessert. Die Fläche wird von einem ortsansässigen Landwirt mit Heckrindern, Hinterwälder Rindern sowie Pensionspferden bewirtschaftet und steht somit der Landwirtschaft in extensiver Form weiterhin zur Verfügung.



Landschaftserhaltungsverband Bodenseekreis (LEV)

Zur Erhaltung der biologischen Vielfalt fördert das Land Baden-Württemberg die Gründung von Landschaftserhaltungsverbänden. Diese sollen bei der Umsetzung der Managementpläne für die Natura-2000-Gebiete maßgeblich mitwirken. Daneben bestehen ihre Aufgaben in der Weiterentwicklung von Kulturlandschaften. Mit Beschluss vom 15. Mai 2013 hat der Kreistag die Verwaltung beauftragt, die Gründung eines Landschaftserhaltungsverbandes für den Bodenseekreis einzuleiten. Mit Beschluss der Gründungsversammlung vom 23. Juli 2013 wurde der Landschaftserhaltungsverband Bodenseekreis als Verein gegründet. Inzwischen sind ein Großteil der Kommunen des Bodenseekreises sowie die Vertretungen der Landwirtschaft einschließlich der Maschinenringe sowie des Naturschutzes Mitglied im Verein. Sobald die Position des Geschäftsführers besetzt ist, wird der LEV seine Arbeit aufnehmen.

Neues landkreisübergreifendes Bewertungssystem

Bereits im Jahr 2000 wurde gemeinsam mit Vertretern der Städte und Gemeinden des Bodenseekreises ein einheitliches System für die Bewertung von naturschutzrechtlichen Eingriffen und Ausgleichsmaßnahmen entwickelt. Dieses fand, damals im Land Baden-Württemberg einmalig, im gesamten Bodenseekreis Anwendung. Aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Ökokonto-Verordnung, musste

das bewährte System angepasst werden. Das neue Bewertungsmodell wurde vom Bodenseekreis gemeinsam mit dem Landkreis Ravensburg entwickelt und wird seit 1. Juli 2012 in beiden Landkreisen verwendet. Hierdurch ist nun über den Bodenseekreis hinaus eine Vergleichbarkeit von naturschutzfachlichen Wertigkeiten gegeben. Inzwischen hat sich auch der Landkreis Sigmaringen dem System angeschlossen, sodass dieses nun im gesamten Gebiet des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben zur Anwendung kommt. Dementsprechend hat sich der Landkreis mit rund 4.000 Euro an der Regionale Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH beteiligt (Beschluss 17. Dezember 2013). Ein weiterer Landkreis hat bereits Interesse bekundet.

Bodenseeagenda

Die Jahre 2009 und 2010 standen im Zeichen des Themenschwerpunkts „Dialog Jugend und Politik“. Dazu wurden von der Regionalen Anlaufstelle Bodenseekreis-Konstanz zahlreiche Veranstaltungen geplant und durchgeführt; beispielsweise der Jugendenergietag (November 2009), die Podiumsdiskussion „Klimaschutz und Energie - Was können Jugendliche selber tun?“ (Juli 2010) und der Workshop für nachhaltig wirtschaftende Schülerfirmen „How to get real“ (Dezember 2010). Desweiteren wurde die Regionale Anlaufstelle Bodenseekreis-Konstanz mit der Durchführung von Projekt-Checks in verschiedenen Kommunen und der Organisation einer Exkursion für Bürgermeister beauftragt. Im Dezember 2010 beschlossen die Regierungschefs der IBK (Internationalen Bodenseekonferenz) die Integration der Bodensee Agenda 21 in die Gremienarbeit derselben. Damit konnte die Bodensee Agenda 21 zum 31. Dezember 2010 erfolgreich beendet werden.

Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikomanagement

In einem seit mehreren Jahren laufenden Prozess werden durch das Land Baden-Württemberg für ca. 12.500 km Fließgewässer

Hochwassergefahrenkarten (HWGK) und Managementpläne erstellt. Diese Karten wurden im Bodenseekreis in enger Abstimmung zwischen dem Landratsamt und den Gemeinden erarbeitet und liegen mittlerweile für alle größeren Gewässer im Landkreis vor. Auch im Bodenseekreis sind in jeder Gemeinde auch Ortslagen von Überflutungen gefährdet. In der



Summe sind 1.510 Menschen im Bodenseekreis potenziell von einem Hochwasser betroffen, das statistisch alle zehn Jahre zu erwarten ist. Eine subjektiv geringere Hochwassergefährdung ist sicher bei den rund 7.000 Menschen vorhanden, die statistisch nur alle 100 Jahre von Hochwasser betroffen sind. Wenn aber die Niederschläge im Bodenseekreis so hoch sein sollten, wie im Einzugsgebiet der Donau im Frühjahr 2013 (Extremhochwasser), dann muss im Bodenseekreis mit ca. 18.500 betroffenen Personen gerechnet werden. Aufgabe der Kommunen und des Kreises ist es daher, in den kommenden Jahren die Ergebnisse dieser Pläne in die kommunale Vorsorge zu integrieren und die Bevölkerung über die Gefahren und über die Maßnahmen zu informieren.

Studie Wasserkraftpotenzial

Im Zuge der Energiewende war auch im Bodenseekreis die Frage zu beantworten, welchen Beitrag die Wasserkraft zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung leisten kann. Eine flächendeckende Erhebung aller vorhandenen Wasserkraftanlagen und aller potenziellen Standorte im Jahr 2012 ergab, dass aktuell nur 0,1 % des Strombedarfs aus Wasserkraft erzeugt werden. Die derzeit installierte Leistung von 1.100 kW könnte durch Modernisierung und Neubau um etwa ein Drittel auf rund 1.450 kW gesteigert werden. Mit der Reaktivierung der Wasserkraftanlage Spek in Uhdingen-Mühlhofen im Jahr 2013 wurde der größte Teil bereits erschlossen.

Grundwasserschutz

Im Bodenseekreis gibt es derzeit 38 Wasserschutzgebiete (WSG). Diese schützen ca. 16 % der Fläche des Landkreises, um die Qualität dieser Grundwasservorkommen und damit der Trinkwasserversorgung dauerhaft zu sichern. Anfang 2014 konnte das kreisübergreifende WSG „Taldorfer Rinne“ in einem aufwändigen Verfahren unter Federführung des Landratsamtes ausgewiesen werden. Das WSG schützt die Wasserfassungen der Gehrenberg Wasserversorgung und der Wolketsweiler Gruppe. Bereits im Herbst 2011 wurde das WSG „Tannau“ ausgewiesen.

Uferrenaturierungen

Renaturierungen des Bodenseeufer haben eine besondere Dynamik entwickelt und zeichnen sich, wenn private Grundstückeigentümer betroffen sind, insbesondere durch sehr lange Verfahrensdauern aus. So musste das Landratsamt zwei langjährige Prozesse führen, um Planungen des Landes Baden-Württemberg zur Uferrenaturierung vor Gericht zu verteidigen. Erfreulicherweise konnte das Verfahren um die Uferrenaturierung in Kressbronn Ende 2013 vor dem VGH in Mannheim mit einem eindeutigen Urteil für die Planung des Landes abgeschlossen werden. Eine mehr als 25-jährige Planungs- und Prozessgeschichte geht damit hoffentlich zu Ende. Die Realisierung soll so schnell als möglich in Angriff genommen werden. Die Uferrenaturierung Hagnau dagegen wurde zügig geplant und konnte im Winter 2013/14 als derzeit einzige Maßnahme am Bodensee abgeschlossen werden.

Fracking

Nachdem die unkonventionelle Erdgasförderung mittels Fracking in den USA erhebliche Ressourcen erschlossen hat, werden auch Begehrlichkeiten in Europa geweckt. Mehrere Firmen sichern sich, auch im Bodenseeraum, die Rechte, die potenziellen Vorkommen erschließen zu dürfen. Fracking wird aber in Deutschland sehr kritisch gesehen und ist mit erheblichen Risiken für die Umwelt verbunden. Da insbesondere im Bodenseeraum eine erhebliche Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee befürchtet wird, hat sich der Kreistag am 17. Juli 2012 in einer Resolution gegen Fracking zur unkonventionellen Gasförderung ausgesprochen. Zwischenzeitlich haben sich nahezu alle Gemeinden im Bodenseekreis angeschlossen. Aufgrund des zunehmenden öffentlichen Drucks wurde durch die letzte Bundesregierung die Novellierung des in diesem Bereich völlig überalterten Bergrechts in Angriff genommen. Bei der Formulierung der Gesetzesvorlage ist es unter intensiver inhaltlicher Mitarbeit des Amtes für Wasser- und Bodenschutz des Bodenseekreises gelungen, auf höchster politischer Ebene klarzumachen, dass der Schutz

des Trinkwassers in unserer Region allein durch Wasserschutzgebiete nicht gewährleistet werden kann. WSG bedecken nur einen Bruchteil der Fläche des Bodenseekreises. Einen wirksamen Schutz kann es nur geben, wenn das gesamte Einzugsgebiet des Bodensees unter besonderen Schutz gestellt wird, inklusive der Thermalwasservorkommen. Die Gesetzesnovellierung ist jedoch am Widerstand eines Koalitionspartners gescheitert. In der Folge verlängerte das Landesbergamt Ende 2013 die Aufsuchungserlaubnis für das Feld Konstanz, das auch nahezu den gesamten Bodenseekreis umfasst, bis zum 31. Dezember 2015. Es handelt sich allerdings nur um das Recht, Daten zu sammeln. Bohrungen sind damit allein noch nicht erlaubt.

Schutzzonenverordnung Bodenseewasserversorgung

Zum Schutz der Seewasserentnahmeanlagen des Zweckverbands Bodensee-Wasserversorgung (BWV) haben das Landesministerium für Verkehr und Infrastruktur sowie das Landratsamt Bodenseekreis gemeinsam eine Verordnung erlassen. Kern der im Januar 2012 in Kraft getretenen Regelung ist ein rund 1.800 Meter langer und etwa 400 Meter breiter Sperrbereich parallel zum Bodenseeufer ab dem Spetzgarter Hafen bis etwa zum Beginn des Kiesufers westlich des Seepumpwerks. Dieser darf von Wasserfahrzeugen jeglicher Art nicht befahren werden. Auch für Schwimmer und Taucher ist der Bereich tabu. Allerdings fallen ein 50 bis teilweise 100 Meter breiter Wasserstreifen entlang des Ufers und der Uferbereich selbst nicht in die Verbotszone. Das ist das Ergebnis eines intensiven Anhörungs- und Diskussionsprozesses innerhalb des Verfahrens. Der Verordnung ging ein entsprechender Antrag des Zweckverbands im April 2010 voraus. Damit wird ein besserer Schutz der Wasserentnahmestelle vor Anschlägen angestrebt.

Landwirtschaft & Forst

Elektronische Antragstellung FIONA

EU-Fördermaßnahmen werden von den Landwirten anhand des sogenannten „Gemeinsamen Antrags“ beim Landwirtschaftsamt gestellt. Neben dem herkömmlichen Antragsverfahren in Papierform wurde

Zeile	Gmk	Flur	Flst-Nr.	Unter-Nr.	Kat./Ref.-Fläche	Brutto-Fläche	Nutz-Fläche	Schlag-Nr. V3	NC V3	Nutzfläche V3	Schlag-Nr.	NC	ZA	MK 1	MK 2	MK 3	MK 4	MK 5	LPR
1	256	1480	2		0,1220	0,12	0,12	7	451	0,12			451	11					
2	256	1493			0,1835	0,18	0,18	88	452	0,18			452	11					
3	256	1480	1		0,0938	0,09	0,09	33	451	0,09			451	11					
4	256	1485			0,8551	0,85	0,53	2	451	0,53			451	11					
5	256	1485			0,8551	0,85		1	113	0,32									
6	256	1492			0,9927	0,99		1	113	0,99									
7	256	1657			8,2574			99	995	8,25			995						
8	256	1489			0,3879	0,38		1	113	0,38									
9	256	1045			0,4370	0,43		8	143	0,43									
10	256	1482			0,4243	0,42	0,42	2	451	0,42			451	11					
11	256	735	2		4,2370	4,23		3	132	4,23									

vergleichbar mit der elektronischen Steuererklärung Elster der internetgestützte, elektronische Flächen-Information-online-Antrag FIONA entwickelt. Das Landwirtschaftsamt Bodenseekreis hat im Jahr 2012 als sogenanntes FIONA-Pilotamt die elektronische Antragstellung vorangetrieben und den Anteil elektronisch gestellter Anträge von zwölf auf 54 % gesteigert. Im Jahr 2013 wurden bereits 66 % der „gemeinsamen Anträge“ elektronisch gestellt. Ab 2015 lässt das zuständige Landesministerium nur noch elektronische Anträge zu.

Organisationsuntersuchung des Landwirtschaftsamtes

Das Landwirtschaftsamt wurde 2012 einer Organisationsuntersuchung unterzogen, begleitet von einer Steuerungsgruppe mit Mitgliedern des Kreistags. Als externer Berater erhielt Gerd Rieper, der schon eine größere Anzahl von Landwirtschaftsämtern untersucht hatte, den Auftrag. Die durchgeführte Aufgabenkritik bestätigte im Wesentlichen die vorhandene Organisations- und Aufgabenstruktur. Der Gutachter empfahl die Beibehaltung der vom Landwirtschaftsamt wahrgenommenen freiwilligen Aufgaben im bisherigen überschaubaren Umfang. Und im Ergebnis ist der Kreistag zudem der Empfehlung des Gutachters gefolgt, im Jahr 2014 auch die insgesamt 1,5 bislang unbesetzten Stellen wiederzubesetzen und zusätzlich eine halbe Stelle zu schaffen. Damit sollen vor allem Aufgabenzuwächsen in den Bereichen Sachbearbeitung des „Gemeinsamen Antrags“ und im Bereich der Vor-Ort-Kontrollen angemessen begegnet werden.

Organisationsuntersuchung des Forstamtes

Die Evaluierung der Organisation des Forstamtes erfolgte (für den Landkreis nahezu kostenlos) von Herbst 2009 bis Frühjahr 2010 durch einen externen Moderator der Landesforstverwaltung. Dabei wurde deutlich, dass das Forstamt im Hinblick auf bestehendes Aufgabenvolumen im Vergleich zum Landesdurchschnitt eine unterdurchschnittliche Personalausstattung hat. Einer hohen Effizienz in der Aufgabewahrnehmung steht eine hohe Arbeitsbelastung aufgrund des hohen Holzeinschlages in allen Waldbesitzarten gegenüber. Mit der Neuordnung der inneren Organisation sowie der Forstreviere wurde versucht, diese Arbeitsbelastung gleichmäßiger auszusteuern. Die Neuordnung wurde 2011 abgeschlossen.

Abfallwirtschaft

Abfallwirtschaftskonzept

Am 15. Mai 2012 beschloss der Kreistag ein neues Abfallwirtschaftskonzept für den Bodenseekreis. In diesem sind unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Ziele und Maßnahmen der Abfallvermeidung, eine Beschreibung der Sammelsysteme und Einrichtungen sowie die Wege der Abfallvermeidung und Abfallbeseitigung detailliert dargestellt. Das Abfallwirtschaftskonzept dient als internes Planungsinstrument und beschreibt die von der Verwaltung in den kommenden Jahren umzusetzenden Maßnahmen.

Sammlung werthaltiger Abfälle

Der Bodenseekreis unterhält ein breit gefächertes System zur Erfassung von Wertstoffen wie Papier, Glas, Altmetalle, Kunststoffe usw.. Aufgrund der zunehmenden Verknappung von Primärrohstoffen wird die Gewinnung von Rohstoffen aus Abfall, den sogenannten Sekundärrohstoffen in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Dies führt dazu, dass insbesondere werthaltige Abfälle, d.h. Wertstoffe, mit denen Erlöse erzielt werden können, in den Fokus privater Entsorger gelangen und diese versuchen, eigene privatwirtschaftliche Sammelsysteme aufzubauen. Dies war in der Vergangenheit insbesondere in den Bereichen Papier und Altkleider zu beobachten. Im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses entschied der Kreistag am 10. Oktober 2012 die Ausweitung der kommunalen Sammlung auf weitere werthaltige Abfälle und die Einrichtung eines eigenen Sammelsystems für Altkleider und -schuhe. In Bezug auf weitere Stoffe, für die sich in Zukunft Erlöse erzielen lassen, wird die Verwaltung zu gegebener Zeit die Einrichtung entsprechender Sammelsysteme vorschlagen.

Fortschreibung und Umsetzung des Wertstoffhofkonzepts

Im Ausschuss für Umwelt und Technik wurde am 30. September 2010 die Fortschreibung des aus dem Jahr 1993 stammenden Wertstoffhofkonzeptes beschlossen. Dieses sieht für jede Kreisgemeinde die Einrichtung eines Wertstoffhofs nach einem einheitlichen Standard vor. Im Dezember 2009 wurden in der Gemeinde Kressbronn und im November 2012 in der Gemeinde Stetten neue Wertstoffhöfe in Betrieb genommen. Am 25. September 2013 beschloss der Ausschuss für Umwelt und Technik die Einrichtung eines Wertstoffhofes im Stadtgebiet von Friedrichshafen.

Neukonzeption der Papiererfassung

Am 18. Dezember 2012 beschloss der Kreistag, die Papiersammlung künftig wieder in Trägerschaft des Landkreises auf Basis einer Blauen-Tonnen-Sammlung durchzuführen. Nach einer EU-weiten öffentlichen Ausschreibung vergab der Kreistag am 16. Juli 2013 die entsprechenden Einsammel- und Verwertungsleistungen. Im Sommer 2013 wurden alle Haushalte des Bodenseekreises bezüglich



der Blauen Tonne schriftlich informiert und der jeweilige Bedarf abgefragt. Im Herbst 2013 erfolgte die Verteilung der Behälter. Seit Januar 2014 werden die Blauen Tonnen vierwöchig im Auftrag des Bodenseekreises entleert. Die bisherigen von gewerblichen Sammlern gestellten Blauen Tonnen wurden vom Bodenseekreis übernommen und in das Sammelsystem integriert. Weiterhin unterstützt werden die Vereine, die aktiv Papiersammlungen durchführen.

Bauschuttkonzept und Osterweiterung der Deponie Überlingen-Füllenwaid

Nach Verfüllung der DK-I-Deponie (Deponieklasse 1) Überlingen-Füllenwaid im Frühjahr 2009 wurden mit den Nachbarlandkreisen Biberach, Ravensburg und Sigmaringen Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen, die es dem Bodenseekreis ermöglichen, DK-I-Abfälle auf den dortigen Deponien anzudienen. Parallel beschloss der Kreistag am 4. März 2010 eine Erweiterung der Deponie Überlingen-Füllenwaid. Hierzu fand im Jahr 2011 ein Raumordnungsverfahren mit integriertem Zielabweichungsverfahren statt, worauf am 10. Januar 2012 der entsprechende Raumordnungsbeschluss durch das Regierungspräsidium Tübingen erfolgte. Der Planfeststellungsbeschluss wird für Anfang 2014 erwartet. Nach entsprechender Beschlussfassung durch den Kreistag kann im Jahr 2014 die Ausschreibung der Bauleistungen erfolgen.

Oberflächenabdichtung der Norderweiterung der Deponie Überlingen-Füllenwaid

Nach 16-jährigem Betrieb der Norderweiterung als Erdaushub- und Bauschuttdeponie durch den Landkreis wurde im Jahr 2010 das Stilllegungsverfahren eingeleitet. Die Bereiche, die durch den Bau der vorgesehenen Osterweiterung nicht tangiert werden, sind daher abzudichten. Die Bauarbeiten wurden im Dezember 2012 öffentlich ausgeschrieben und am 5. Februar 2013 durch den Ausschuss für Umwelt und Technik an die Firma Max Wild aus Berkheim zum Angebotspreis von 999.296 Euro vergeben.

Neubau Betriebsgebäude auf dem Entsorgungszentrum Tettnang-Sputenwinkel

Im April 2008 beschloss der Ausschuss für Umwelt und Technik den Neubau eines Betriebsgebäudes auf dem Entsorgungszentrum Tettnang-Sputenwinkel, der für den östlichen Bodenseekreis wichtigsten Abfallentsorgungsanlage. In diesem Zusammenhang wurde auch eine zeitgemäße 18-Meter-Fahrzeugwaage installiert. Die Bauausschreibung erfolgte gewerksweise, sodass fast sämtliche Bauarbeiten durch Handwerksbetriebe aus dem Bodenseekreis geleistet wurden. Die offizielle Eröffnung erfolgte am 7. Oktober 2010.

Neubau Sickerwasserreinigungsanlage auf dem Entsorgungszentrum Weiherberg

Vor dem Auslaufen des zehnjährigen Betreibervertrages über die Reinigung des Deponiesickerwassers der Deponie Weiherberg zum 13. Januar 2010 wurden verschiedene Überlegungen über eine Aufrüstung der vorhandenen Anlage der Firma Wedeco aus Herford und den Weiterbetrieb angestellt. Die Schadstoffkonzentrationen des anfallenden Sickerwassers veränderten sich innerhalb dieser Zeit, weil verschiedene Minimierungsmaßnahmen griffen. Es änderten sich auch die Energiepreise drastisch und damit einhergehend die auf diesem Markt befindlichen Reinigungsverfahren, sodass sich ein Neubau als wirtschaftlicher abzeichnete als ein Weiterbetrieb. Im Frühjahr 2009 erfolgte eine europaweite Ausschreibung nach VOL und am 27. Juli 2009 die Vergabe an die Firma PS

Project Systems aus Neumünster mit einer Laufzeit von zwölfenhalb Jahren. Die Zeit zwischen Abriss der Altanlage und Inbetriebnahme der neuen Reinigungsanlage wurde durch eine Interimsanlage überbrückt, die ebenfalls Bestandteil dieser Ausschreibung war. Die Vergabesumme beträgt ca. 6,6 Mio. Euro und wird über die vorhandene Nachsorgerücklage gedeckt.

Soziales & Gesundheit

Pflegestützpunkt

Mit Beschluss des Kreistages vom 19. November 2009 wurde der Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Bodenseekreis als neutrale Anlaufstelle für Menschen mit Beratungs- und Unterstützungsbedarf im Bereich der Hilfe zur Pflege zugestimmt. Die offizielle Eröffnung im Landratsamt Bodenseekreis erfolgte am 13. September 2010. Der Pflegestützpunkt ist zwischenzeitlich zu einem wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil des Pflegesystems im Bodenseekreis geworden und wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Im Jahr 2013 gab es insgesamt 1.429 Beratungskontakte (606 Erstberatungen und 823 Folgekontakte).

Asylbewerber

Nachdem die Zahl der Zuteilungen von Asylbewerbern bis zum Jahre 2011 kontinuierlich zurück ging, wurden mehrere Gemeinschaftsunterkünfte des Landkreises aufgelöst und das Personal der Unteren Aufnahmebehörde entsprechend reduziert. Die Zahl der Asylanträge steigt jedoch seit Mitte des Jahres 2012 wieder stark an, was sich auch auf die Zuweisungsquote des Bodenseekreises auswirkte. Im Jahr 2009 wurden dem Bodenseekreis 70 Personen zugewiesen. Nach derzeitigem Stand und mit vorsichtiger Prognose ist für das Jahr 2014 von etwa 420 Personen auszugehen. Um diese Menschen unterzubringen, wurden in Friedrichshafen, Markdorf und Überlingen neue Unterkünfte geschaffen. Aktuell verfügt der Bodenseekreis über acht Gemeinschaftsunterkünfte mit 350 Plätzen. Insgesamt werden vom Landratsamt ca. 550 Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften und Anschlussunterbringungen betreut. Eine Entspannung ist in nächster Zeit nicht absehbar. Die Schaffung neuer Gemeinschaftsunterkünfte ist, zumal ab dem 01. April 2014 die Standards in den Unterbringungen erhöht werden, auch zukünftig dringend erforderlich.

Gesundheitsförderung und Prävention

2010 wurde im Bodenseekreis erstmals die Zertifizierung für das neu geschaffene Siegel „Gesunde Schule“ durchgeführt. Das Projekt wurde 2011 mit dem Großen Präventionspreis Baden-Württemberg ausgezeichnet. Zweimal wurden seither insgesamt 18 Schulen im Bodenseekreis mit dem Siegel „Gesunde Schule“ von dem Netzwerk „Bildung und Gesundheit“ unter der Schirmherrschaft des Landrats ausgezeichnet. Ebenfalls im Jahr 2011 fand unter dem Vorsitz des Landrats die konstituierende Sitzung der *kommunalen Gesundheitskonferenz* statt, die seither jährlich tagt. Die kommunalen Gesundheitskonferenzen haben zwei Zielsetzungen: Zum einen geht es um die Umsetzung der „*Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg*“, durch die der Bereich Prävention und Gesundheitsförderung als vierte Säule des Gesundheitswesens entscheidend gestärkt werden soll, zum anderen soll es aber auch um die Verbesserung der medizinischen Versorgungsstrukturen in unserem Landkreis gehen.

Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit

Die Empfänger von Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende sind in den vergangenen fünf Jahren deutlich zurückgegangen:

- Bedarfsgemeinschaften
 - 01/2009: 2.914
 - 12/2013: 2.632 (-10 %)
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
 - 01/2009: 3.720
 - 12/2013: 3.278 (-12 %)
- Arbeitslosenquote SGB II
 - 01/2009: 1,8 %
 - 12/2013: 1,1 % (-0,7 %) ⇒ Rang 1 BW, Rang 25 Bund
- Alo-Quote SGB II U25
 - 01/2009: 0,5 %
 - 12/2013: 0,2 % (-0,3 %) ⇒ Rang 1 BW, Rang 4 Bund

Zum 30. September 2013 konnte das Jobcenter des Bodenseekreises darüber hinaus erstmals alle Bewerber um einen Ausbildungsplatz versorgen, die in diesem Jahr die Schule verlassen haben. Das seit mehreren Jahren erklärte Ziel „Null Prozent Jugendarbeitslosigkeit“ wurde somit erreicht.

Sonderprogramm des Bundes „Perspektive 50plus“

Seit 2010 nimmt das Jobcenter des Bodenseekreises an diesem Projekt teil, welches bis Ende 2015 befristet ist. Das Programm ermöglicht insbesondere durch



Beschäftigungspakt
Südwest

einen intensiveren Personaleinsatz die Beratungs- und Betreuungstätigkeit des Fallmanagements zu intensivieren und damit die Vermittlungszahlen zu steigern. Darüber hinaus verfügt das Jobcenter seither über eine Demographieberaterin, welche die Firmen im Landkreis hinsichtlich Fragen der älter werdenden Menschen am Arbeitsplatz kostenlos berät und unterstützt. Von 2010 bis 2013 konnten über dieses Programm insgesamt 514 Menschen über 50 Jahre in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden.

UNA - Unterstützungsnetz für Alleinerziehende

UNA war eines der bundesweit 102 Projekte, welches im Rahmen des Bundesprogramms „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wurde. Unter Federführung des Jobcenters übernahmen das Kreisjugendamt, das CJD Bodensee-Oberschwaben und das bfz Friedrichshafen verschiedene Aufgaben im Projektzeitraum 01. Juni 2011 bis 31. Mai 2013. Modelle der dezentralen Beratung wurden in Zusammenarbeit mit Familientreffs erprobt und Dienstleistungsketten aufeinander abgestimmt. Kleine und mittelständische Betriebe wurden insbesondere über Teilzeitausbildung und -beschäftigung informiert. Auf der Internetseite der Wirtschaftsförderung Bodensee wurden die Kinderbetreuungsmöglichkeiten veröffentlicht

und die darüber hinaus bestehenden Unterstützungsangebote finden sich seitdem in Form einer Datenbank auf der Homepage des Landkreises wieder.

Netzwerk Behindertenhilfe

Am 30. April 2009 verabschiedete der Kreistag den Teilhabeplan „Mittendrin“ für Menschen mit geistiger Behinderung. Unter dem Leitgedanken der Inklusion engagieren sich seither Betroffene, Angehörigenvertreter und Fachleute im Netzwerk Behindertenhilfe. Um das Thema Inklusion der Öffentlichkeit näherzubringen, wurden 2011 am Schiffsländeplatz in Überlingen und 2013 an der Uferpromenade in



Friedrichshafen „Mittendrin“-Feste veranstaltet, die zu großen Erfolgen wurden. Die intensive Einbindung der betroffenen Menschen in die Netzwerkarbeit durch die Einrichtung eines Arbeitskreises Beteiligung, an dem ca. 20 Menschen mit geistiger Behinderung mitarbeiten, wurde im Oktober 2013 durch die Verleihung des Preises „Leuchttürme der Bürgerbeteiligung“ des Staatsanzeigers gewürdigt.

Suchthilfeplanung/Suchtprävention

Seit Oktober 2009 wird das evaluierte Präventionsprojekt HaLT - Hart am Limit im Bodenseekreis umgesetzt. HaLT richtet sich an Kinder und Jugendliche, die entweder mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert oder stark alkoholisiert von der Polizei aufgegriffen wurden. Reagiert wurde mit dem Angebot HaLT auf die steigenden Fallzahlen alkoholbedingter Krankenhausbehandlungen bei Kindern und Jugendlichen. Nach der Projektphase wird HaLT ab 2014 vom Landkreis regelfinanziert.

Bürgerschaftliches Engagement

Zur Förderung der Rahmenbedingungen und zur Information, Beratung und Vermittlung von Bürgern, Vereinen, Initiativen, Kommunen und Einrichtungen hat der Landkreis 2013 die Möglichkeiten der Servicestelle Bürgerschaftliches Engagement gestärkt. Seither formiert sich unter Beteiligung verschiedener Akteure der Freiwilligenarbeit aus dem sozialen Sektor ein Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement Bodenseekreis“. Im Rahmen der Anerkennungskultur wurde der Ehrenamtspreis 2009, 2011 und 2013 in den Themenfeldern Nachbarschaft, Kultur und der Generation 60 plus verliehen, um der Wertschätzung des Landkreises gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement Ausdruck zu verleihen.

Jugend, Familie & Frauen

Beschützendes Haus Bodenseekreis

Weil die Unterbringung schutzsuchender Frauen mit ihren Kindern in sogenannten „Notwohnungen“ nicht mehr befriedigend war, beschloss der Kreistag im Juli 2009 die Einrichtung und Finanzierung eines Frauen- und Kinderschutzhauses. Die Trägerschaft dieses Beschützenden Hauses Bodenseekreis wurde der Arbeiterwohlfahrt übertragen, die neben einer adäquaten psychosozialen Betreuung der gewaltbetroffenen Frauen und ihrer Kinder auch Hilfestellung bei Wohnungs- und Arbeitssuche anbietet und auch den traumatisierten Kindern geeignete Therapien anbieten kann. Mit der einstimmigen Entscheidung des Kreistages übernahm der Bodenseekreis auch die Finanzierung der Einrichtung. Von September 2009 bis einschließlich 2012 waren insgesamt 82 Frauen und 63 Kinder im Frauen- und Kinderschutzhaus untergebracht. Allein 2013 waren es 37 Frauen und 39 Kinder, sodass sogar ein steigender Bedarf erkennbar ist.

Familienentwicklungsplan

Im Februar 2008 beschloss der Kreistag eine wissenschaftliche Studie zur Situation der Familien im Bodenseekreis bei der Zeppelin Universität in Auftrag zu geben. Ziel des Familienentwicklungsplanes war es, herauszufinden, welche Sorgen und Nöte die Familien im Bodenseekreis haben und was getan werden muss, damit der Bodenseekreis noch familienfreundlicher wird. Die erarbeiteten Ergebnisse und Handlungsgrundlagen des Familienentwicklungsplanes wurden im Sommer 2009 im Kreistag vorgestellt. Deutlich sichtbar wurde, dass die Familien mit ihrem Leben im Bodenseekreis grundsätzlich sehr zufrieden sind, dass es allerdings nicht ausreicht, genügend Betreuungsplätze für die Kinder zur Verfügung zu stellen, sondern dass sich die Eltern für ihre Kinder vor allem eine gesunde und sichere Umgebung wünschen. Die Ergebnisse der eigens für die individuellen Kreisgemeinden erhobenen Daten wurden in zahlreichen Gesprächen und Workshops vor Ort vorgestellt, den Gemeinderäten präsentiert oder direkt von den Gemeindeverwaltungen umgesetzt. Derzeit sind die Städte Tettnang und Meckenbeuren noch daran, interkommunale familienpolitische Ziele, die sich aus dem Familienentwicklungsplan ergeben haben, für beide Gemeinden zu erarbeiten, um sie anschließend auch gemeinsam umzusetzen.

Jugendpsychiatrischer Verbund

2011 wurde im Bodenseekreis der deutschlandweit erste Jugendpsychiatrische Verbund für junge Menschen mit seelischer Behinderung und ihre Familien mit komplexem Hilfebedarf, insbesondere mit psychiatrischen Störungen und drohender oder bereits eingetretener Einschränkung der Teilhabefähigkeit, gegründet. Der Verbund hat sich die Entwicklung einer bedarfsgerechten Versorgung im Bodenseekreis als gemeinschaftliche Aufgabe von Landkreis, Leistungsträgern, Leistungserbringern der Jugendhilfe und sozialpsychiatrischer Versorgung sowie Bildung und beruflicher Eingliederung, Familien und Betroffenen-Selbstorganisationen, zum Ziel gesetzt.

Organisationsuntersuchung im Jugendamt

In den Jahren 2010 und 2011 wurde eine Organisationsberatung im Jugendamt durchgeführt. Diese führt zu einer veränderten Aufbau- und Ablauforganisation, einer Anpassung von Qualitätsstandards in allen Arbeitsbereichen und einem Stellenzuwachs von 9,2 Vollzeitstellen. Außerdem wurde in deren Folge das Outsourcing der Trennungs- und Scheidungsberatung an die Erziehungsberatungsstellen beschlossen.

Rückgriffquote Unterhaltsvorschusskasse

Der Rückgriff der Unterhaltsvorschusskasse (UVK) des Bodenseekreises bei den barunterhaltspflichtigen Elternteilen ist seit Jahren sehr erfolgreich. Die UVK belegte kontinuierlich im Ranking der Rückgriffquoten aller Landkreise in Baden-Württemberg einen der vorderen Plätze.

Sicherheit & Ordnung

Waffenbesitz-Kontrollen

Nach den Amokläufen in Erfurt und Winnenden wurde das Waffenrecht zunehmend verschärft. Das Rechts- und Ordnungsamt führte von 2009 - 2013 knapp 1.500 Kontrollen der Waffenaufbewahrung vor Ort durch, Beanstandungen gab es in rund 10 % der Fälle.

Einheitlicher Ansprechpartner nach EU-Dienstleistungsrichtlinie

Im Jahre 2009 hat der Kreistag das Rechts- und Ordnungsamt mit der Aufgabe des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie betraut. Durch ihn erhalten ausländische aber auch inländische Dienstleister, die sich im Bodenseekreis niederlassen wollen, auf Wunsch gebündelt wichtige Hinweise und Hilfestellungen für die verschiedenen erforderlichen Verwaltungsverfahren zur Aufnahme des Gewerbes. Pro Jahr werden jeweils rund 75 Anfragen bearbeitet. Die Arbeit des EA wird von den Dienstleistern als sehr positiv beurteilt.

Lärmaktionspläne

Seit 2010 ist insbesondere die Straßenverkehrsbehörde des Bodenseekreises verstärkt mit dem Thema „Kommunale Lärmaktionspläne“ befasst. Mittlerweile ist ein Planaufstellungsverfahren abgeschlossen (Hagnau), bis Ende 2013 befanden sich acht weitere Lärmaktionspläne noch in der Aufstellungsphase (Bermatingen, Eriskirch, Markdorf, Meckenbeuren, Meersburg, Oberteuringen, Stetten und Uhldingen-Mühlhofen). Es werden noch weitere Gemeinden hinzukommen. Als zentraler Wunsch der Gemeinden hat sich dabei „Tempo 30“ auf den innerörtlichen Durchgangsstraßen herauskristallisiert. Dies stellt die Genehmigungsbehörde vor die schwierige Abwägung zwischen dem berechtigten Lärmschutzbedürfnis der Anwohner und der Verkehrsfunktion insbesondere von Bundes- und Landesstraßen.

Katastrophen-Großübung

Am 8. Oktober 2011 fand die Katastrophenschutz-Vollübung „URI 2011“ des Bodenseekreises statt.

Insgesamt waren unter Leitung des Landratsamtes 1.545 Einsatzkräfte und weitere Personen beteiligt. Neben drei Unglücksszenarien vor Ort (Schiffsunglück, Gefahrgut, Unfall auf der Schiene sowie



Verschüttung) musste im Verwaltungs- und im Führungsstab das Szenario eines kreisweiten langandauernden Stromausfalls bearbeitet werden, was wertvolle Erkenntnisse für zukünftige Handlungsanforderungen „im Ernstfall“ lieferte.

Feuerwehrbedarfsplan

Der Kreistag hat im Jahre 2012 den Feuerwehrbedarfsplan des Bodenseekreises beschlossen. Der Gesamtaufwand für die Beschaffung von Fahrzeugen und Gerätschaften zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im Bereich der überörtlichen Hilfeleistung für den Zeitraum 2013 - 2022 beträgt rund 3,9 Mio. Euro, davon fördert das Land rund 1,4 Mio. Euro.

Schulen & Bildung

Neue Schularten und -profile

Der Bodenseekreis sichert ein modernes und qualitativ hochwertiges Schulangebot im Kreisgebiet. Die gesellschaftlichen Veränderungen und die sich wandelnde Arbeitswelt erfordern dabei stetige Anpassungen. So wurden in den vergangenen fünf Jahren an den vom Landkreis getragenen Schulen folgende neue Schularten und Profile eingerichtet:

Schuljahr	Schulart	Anbietende Schule
2009/2010	KoBV (Kooperative Berufliche Vorbereitung) für stark lernbehinderte Menschen	Claude-Dornier-Schule
	Chinesisch am Wirtschaftsgymnasium	Hugo-Eckener-Schule
2010/2011	Sozialwissenschaftliches Gymnasium	Droste-Hülshoff-Schule
	Biotechnologisches Gymnasium	Justus-v-Liebig-Schule
	Kooperation Altenpflege mit Gesundheits- und Krankenpflege	Justus-v-Liebig-Schule
	Zweijähriges kaufmännisches Berufskolleg Fremdsprachen	Constantin-Vanotti-Schule
2011/2012	Technisches Gymnasium, neues Profil „Gestaltungs- und Medientechnik“	Claude-Dornier-Schule
	Technisches Gymnasium, neues Profil „Umwelttechnik“	Jörg-Zürn-Gewerbeschule
	Einrichtung eines G9-Zugs parallel zum bestehenden G8-Zug	Gymnasium am BZM Markdorf
2012/2013	Wirtschaftsgymnasium, neues Profil „Internationale Wirtschaft“	Hugo-Eckener-Schule
	Wirtschaftsgymnasium, neues Profil „Internationale Wirtschaft“	Constantin-Vanotti-Schule
	PIA (Praxisintegrierte Erzieherausbildung)	Justus-v-Liebig-Schule
	VAB (Vorqualifizierung Arbeit und Beruf)	Claude-Dornier-Schule
	VAB (Vorqualifizierung Arbeit und Beruf)	Justus-v-Liebig-Schule
	VAB (Vorqualifizierung Arbeit und Beruf)	Jörg-Zürn-Gewerbeschule
2013/2014	Sozialwissenschaftliches Gymnasium, neues Profil „Gesundheit und Pflege“	Justus-v-Liebig-Schule
	Technisches Gymnasium, neues Profil „Technik und Management“	Jörg-Zürn-Gewerbeschule

Rückgang der Schülerzahlen

Der demographisch bedingte Schülerrückgang hat die Schulen in Trägerschaft des Bodenseekreises erreicht. Seit 2009 ist die Gesamtzahl um etwa 10 % geschrumpft. Gleichzeitig macht sich der Trend in Richtung höherwertiger Bildungsabschlüsse bemerkbar. Die beruflichen Gymnasien haben entgegen dem allgemeinen Trend zugelegt. In der beruflichen dualen Ausbildung dagegen führte der Rückgang an Auszubildenden/Schülern dazu, dass einzelne Fachklassen an den beruflichen Schulen geschlossen wurden.

Schulentwicklungsplanung

In Anbetracht des demografisch bedingten Schülerrückgangs und dem Ziel des Erhalts möglichst vieler schulischer Angebote hat der Kreistag des Bodenseekreises 2012 eine fortschreitende Schulentwicklungsplanung für die kreiseigenen Schulen beschlossen. Das Amt für Schule und Bildung hat in Kooperation mit dem Referat Berufliche Schulen des Regierungspräsidiums bezüglich der wachsenden Kleinklassenproblematik eine Initiative gestartet, bei der die Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und Konstanz gemeinsam ausloten, wie die Gesamtaufteilung der Fachklassen in der Region so fortentwickelt werden kann, dass das Gesamtangebot möglichst flächendeckend erhalten wird. In die Gespräche sind auch Vertreter der Kammern eingebunden. Zwischenzeitlich wird diese Initiative als Modell für andere Teile des Regierungspräsidiums in Hinblick auf die Regionale Schulentwicklung gesehen.

Programm zur technologischen Erneuerung

Das Amt für Schule und Bildung hat ein Programm zur technologischen Erneuerung an den gewerblichen Schulen entwickelt, welches der Kreistag 2012 verabschiedet hat. Das Programm ermöglicht Investitionen von insgesamt 2,5 Mio. Euro innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren. Damit kann die technologische Ausstattung der Schulen systematisch verbessert und flächendeckend auf den aktuellen Stand gebracht werden. In den Haushalten 2013 und 2014 wurden Mittel zur Umsetzung des Programms eingeplant.

Kreismedienzentrum

2012 wurden die Kreismedienzentren Überlingen und Friedrichshafen am Standort Friedrichshafen zusammengeführt. Die Versorgung der Schulen im westlichen Landkreis mit Medien erfolgt über einen Kurierdienst, der sehr gut angenommen wird. Die Konzentration der Kompetenzen des Kreismedienzentrums an einem Standort trägt zu einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung bei.

Kunst & Kultur

Salem2Salem

Seit 2010 läuft das internationale und interdisziplinäre Kunstprojekt Salem2Salem, bei dem sich jährlich alternierend in Schloss Salem am Bodensee und in Salem, New York, Künstler aus den Disziplinen Malerei, Skulptur, Multimedia, Literatur und Musik für drei Wochen im August zu gemeinsamer Arbeit treffen. Die Künstler stammen vorwiegend aus der Region Bodensee-Oberschwaben und den USA sowie auch aus der Schweiz, Polen, Großbritannien und Australien. Mehr als 60 Künstler haben bislang an dem Projekt teilgenommen, das vom Kulturamt und unserem Partner Salem Art Works federführend umgesetzt wird. Maßgeblich gefördert wurde das Projekt durch die OEW und durch die Carris Foundation aus Rutland, Vermont in den USA.



Kreisarchiv

Das Kreisarchiv erhielt im Jahr 2009 die archivfachliche Anerkennung durch das Landesarchiv Baden-Württemberg, verbunden mit der Auflage zur Einrichtung eines Lesesaals. 2012 erfolgte eine Erweiterung der Magazinflächen in Salem durch Anmietung von Räumen des 3. OG in der Prälatur, damit einher ging auch die Einrichtung des erforderlichen Lesesaals im 1. OG. Im selben Jahr erfolgte die Übernahme des Kurt-Hahn-Archivs von der Schule Schloss Salem in Form eines Depositums. Zur Betreuung und Erschließung wurden 1,5 befristete Stellen eingerichtet, die extern finanziert werden. Im vergangenen Jahr wurde das Kurt-Hahn-Archiv feierlich wiedereröffnet. Es ist eine Anlaufstelle für Forscher zur Pädagogikgeschichte aus aller Welt.

Kunstsammlung des Bodenseekreises

Die Sammlung des Bodenseekreises wurde fortlaufend erweitert, vor allem durch Ankäufe aus Mitteln der OEW bzw. durch von der OEW direkt angekaufte Werke, die als Leihgaben in die Sammlung des Bodenseekreises aufgenommen wurden. Derzeit befinden sich 1.842 Werke in der Sammlung. Einschließlich des Jahres 2009 sind somit 147 Arbeiten zur Sammlung hinzugekommen. Die bedeutendsten Neuzugänge der letzten fünf Jahre waren: drei Bodenseelandschaften von Otto Dix, Fischerhäuser in Langenargen von Hans Purrmann sowie Zungenbrand von Felix Droese (Leihgabe an die Stadt Markdorf) und die Skulptur Spirale und Haus von Werner Pokorny, die als Leihgabe an die Stadt Friedrichshafen in Fischbach aufgestellt wurde.

Ausblick

Straßenbau

Der Bodenseekreis ist dabei, ein ehrgeiziges Straßenbauprogramm abzuarbeiten um damit seinen Beitrag zur - über alle Baulastträger hinweg - dringend notwendigen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zu leisten. Mit der Messezufahrt Nord und der Beseitigung des schienengleichen Bahnüberganges in Neufrach hat der Bodenseekreis bereits zwei wichtige Maßnahmen realisiert. Als nächste Großmaßnahme soll - unter Voraussetzung bewilligter Fördermittel - im Jahr 2014 mit der Umsetzung der Südumfahrung Kehlen begonnen werden. Außerdem wird für die Umfahrungen Markdorf und die Umfahrung Kluftern (Mediationsverfahren in Vorbereitung) die Planung weiter vorangetrieben. Zur weiteren Förderung des Radverkehrs im Bodenseekreis ist für das Jahr 2014 die Fortschreibung der Radwegnetzkonzeption vorgesehen.

Demographischer Wandel

Im Jahr 2010 hatte sich der Kreistag des Bodenseekreises in einer zweitägigen Klausurtagung intensiv mit den anstehenden Fragen des demographischen Wandels beschäftigt. In fünf Arbeitsgruppen wurde versucht, die notwendigen Veränderungen für den Bodenseekreis herauszuarbeiten. Fachleute haben die fünf Arbeitsgruppen begleitet. Die Kreisverwaltung hat in der Folge der Klausurtagung deren Ergebnisse dokumentiert und daraus ein Entwurfspapier für den Kreistag vorbereitet. In mehreren Diskussionsrunden haben seit Sommer 2010 die Fraktionen des Kreistags intern den Entwurf besprochen. Eine Fülle von Änderungsvorschlägen wurde im Kreis der Fraktionsvorsitzenden in mehreren Diskussionsrunden beraten. Hieraus ist das Papier „Der demographische Wandel als Herausforderung - der Bodenseekreis auf dem Weg ins Jahr 2020“ entstanden. Das Grundsatzpapier wurde am 21. November 2012 einstimmig vom Kreistag beschlossen und ist somit eine definierte Zielorientierung für die politische Arbeit des Kreistags in den nächsten Jahren. Die Verwaltung wurde beauftragt, auf dieser Basis einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Die einzelnen Maßnahmen werden in den kommenden Jahren dem Kreistag zur Detailberatung vorgelegt.

European Energy Award & Energieleitbild

Der Bodenseekreis hat am European Energy Award (EEA) teilgenommen und gleich im ersten Anlauf die Silber-Zertifizierung erlangt. Der Europäische Energiepreis bestätigt ganz offiziell, dass sich Gemeinden, Städte und Landkreise zu einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik verpflichtet haben und diese auch in die Tat umsetzen. Die Teilnehmer unterziehen sich dabei einem mehrjährigen Prozess, in dem der Erfolg dieser Politik von unabhängiger Stelle kontrolliert wird. Von dem für den Bodenseekreis maximal erreichbaren rund 85 Prozent Erfüllungsgrad, hat der Landkreis bei dieser ersten Zertifizierungsrunde 71 Prozent erreicht. Die nächste Zertifizierung findet 2016 statt und der Ehrgeiz aller im Landratsamt Beteiligten ist es, dann Gold zu erreichen. Der Bodenseekreis hat sich selbst mit Beschluss vom 16. Juli 2013 zudem ein energiepolitisches Leitbild gegeben. Dieses enthält als Grundsätze den effizienten Einsatz von Energie, die Förderung regenerativer Energiequellen, die öffentliche Nahverkehrsförderung sowie die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte. Konkret soll die Landkreisverwaltung im Rahmen ihres Handlungs- und

Verantwortungsbereiches – insbesondere also bei den Liegenschaften des Landkreises – das Ziel verfolgen, den Anteil der regenerativen Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 Prozent und bis 2050 auf wenigstens 80 Prozent zu erhöhen. Die Kohlendioxid-Emissionen sollen gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 um mehr als 40 beziehungsweise bis zu 95 Prozent in den Jahren 2020 und 2050 gesenkt werden. Das Leitbild sieht darüber hinaus konkrete Einzelmaßnahmen vor, wie zum Beispiel den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für Elektromobilität oder regelmäßige Hausmeisterschulungen. Mit diesen energiepolitischen Maßnahmen will der Landkreis eine Vorbildrolle gegenüber regionalen Unternehmen und Institutionen einnehmen.

Glärnischstraße 1-3

Nach einer fast 40-jährigen Nutzung ist das „alte Landratsamt“ in der Glärnischstraße 1 – 3 sowohl energetisch als auch optisch in die Jahre gekommen. Die Entscheidung, ob dies im Rahmen einer Generalsanierung sein wird oder ob ganz andere Überlegungen anzustellen sind, steht in der kommenden Legislaturperiode an. Bis zu einer endgültigen Entscheidung des Kreistages wurden im Frühjahr 2014 bereits grundlegende Elemente vorab im Rahmen eines „erweiterten Bürgerservices“ umgesetzt. Die Vorstufe zum Aufbau des Bürgeramtes beinhaltet zentrale organisatorische, technische und personelle Verbesserungen im Erdgeschoss des Gebäudes Glärnischstraße 1 - 3.

Bildungszentrum Markdorf

Sowohl der demographische Wandel als auch bildungspolitische Reformen führen zu Veränderung in der Schullandschaft. Für die Weiterentwicklung der Modellschule „Bildungszentrum Markdorf“ wird ein moderierter Prozess genutzt. Den Auftakt dazu bildete eine öffentliche Veranstaltung im Dezember 2013 in der Stadthalle in Markdorf. Am Ende des Entwicklungsganges wird ein von allen Kollegien gemeinsam erarbeitetes, von allen getragenes und von vielen verschiedenen Erfahrungen gespeistes Konzept stehen, welches bis zum Schuljahresende 2014/2015 definiert sein soll. Baulich fällt das BZM durch einen hohen Energieverbrauch auf. Die Haustechnik und die Fassaden sind nunmehr vier Jahrzehnte in Betrieb und bedürfen einer Sanierung bzw. Erneuerung. Dies trifft auch für die Fachräume der Bereiche Chemie/Biologie/Physik/Kunst zu, die nicht mehr den heutigen sicherheitstechnischen und pädagogischen Standards entsprechen. Bei der alten Sporthalle ist eine umfassende Sanierung der Umkleide- und Duschbereiche notwendig. Aus energetischer Sicht sind die Oberlichter und die Wärmeverteilung zu erneuern. Um den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten, müssen diese Maßnahmen in Einzelprojekten abgearbeitet werden, die sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken werden.

Diese Bilanz ist eine schlaglichtartige, redaktionelle Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen, Vorgänge und Entwicklungen der Kreispolitik in der zurückliegenden Legislaturperiode. Sie wurde von der Kreisverwaltung zusammengestellt, um die Bandbreite der kommunalpolitischen Themen sowie die Arbeit des Gremiums anschaulich zu machen.

V.i.S.d.P.: Pressestelle des Landratsamts Bodenseekreis.
Abbildungen und Logos sind urheberrechtlich geschützt.